



**SEITE 2**  
ALG II: Getrickste Zahlen

**SEITE 3**  
Bilanz: Union und FDP ein Jahr an der Regierung

**SEITE 4**  
Aufschwung: Erfolg der SPD



**SEITE 5**  
Im Interview: Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

**SEITE 6**  
Atommüll: 5000 Tonnen mehr



**SEITE 7**  
Leiharbeit: Missbrauch stoppen

**SEITE 8**  
Gesundheit: Schwarzgelbe Klientelpolitik für Privatversicherer und Pharmedien

# GUTE ARBEIT



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Ausgabe 4/2010

# Deutschland kann auch fair

Die SPD will die soziale Balance wieder herstellen.

**Deutschland in Schieflage: Gerade mal ein Jahr schwarz-gelbe Regierungspolitik hat die soziale Balance in Deutschland erheblich gestört. „Nach einem Jahr von Chaos, Klientelpolitik und sozialer Spaltung ist klar: Deutschland braucht eine andere Politik“, erklärt Joachim Poß, amtierender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.** Ohne Frage: Die Herausforderungen an die Politik sind derzeit enorm – von der Bewältigung der Krisenfolgen über den demografischen Wandel bis zu den maroden öffentlichen Haushalten. Doch diese Zukunftsfragen versucht Schwarz-Gelb gar nicht erst anzugehen. Stattdessen wird am System herumgedoktert, erschöpft sich die Regierungspolitik im parteipolitischen Klein-Klein, werden vor allem die eigene Klientel und Lobbyisten bedient und wird die soziale Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben.

Derzeit reist Kanzlerin Merkel durch die Republik und wirbt an ihrer Parteibasis für den Regierungskurs. In diesem „Herbst der Entscheidung“ gehe es um Haushaltssanierung, die Energiepolitik und die Zukunft der Sozialsysteme, so Angela Merkel. Doch während das für Merkel Kürzungen bei den Schwachen,



Deutschland braucht eine andere Politik, fordert die SPD-Bundestagsfraktion. Dazu gehören mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, ein solidarisches Gesundheits- und Rentensystem und eine tragfähige Energiezukunft ohne Atomkraft.

Entsolidarisierung und Lobbypolitik bedeutet, will die SPD-Bundestagsfraktion die Weichen für eine andere, für eine faire Politik stellen. Den Rahmen dafür hat die SPD auf ihrem Parteitag am 26. September gesetzt. „Mit unseren Beschlüssen zu neuem Fortschritt, einem

Wachstum, an dem die gesellschaftliche Mehrheit teilhaben kann, und einer Steuerpolitik, die schwache Schultern schon, die Starken aber stärker in die Verantwortung mit einbezieht, zeigen wir den Weg zu einer gerechten Alternative“, betont Poß. „Diese Ideen bringen

wir Zug um Zug in den Bundestag ein.“ Nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb will die SPD-Bundestagsfraktion im Herbst gemeinsam mit den Gewerkschaften und anderen wichtigen sozialen Gruppen für einen Kurswechsel in Deutschland mobilisieren. ■

## Qualität hat ihren Preis

**Mit dem Mindestlohn in der Weiterbildung ist erneut ein Branchen-Mindestlohn an Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gescheitert.** Ihr Ministerium weigerte sich, den zugrunde liegenden Tarifvertrag für allgemein verbindlich zu erklären. Damit bleibt es dabei: Lehrende in der Weiterbildung haben oft unzumut-

bare Arbeitsbedingungen – ohne soziale Absicherung und mit einer Bezahlung auf ALG-II-Niveau. „Fachkräfte in der Weiterbildung haben einen Anspruch auf einen fairen Lohn“, erklärt Anette Kramme, sozial- und arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Die SPD-Fraktion setze sich nicht nur für einen Branchenmindestlohn in der Weiterbildung, sondern auch für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. ■

## Informieren, kommentieren, diskutieren

Seit kurzem ist die SPD-Bundestagsfraktion auch mit einer eigenen Seite im sozialen Netzwerk Facebook vertreten: [www.facebook.com/spdbundestagsfraktion](http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion) Dort gibt es nicht nur aktuelle Infos zu den politischen Initiativen und Konzepten der Fraktion

und viele Terminhinweise, sondern auch die Möglichkeit, all das zu kommentieren und mit der SPD-Bundestagsfraktion ins Gespräch zu kommen. Hintergrund und Informationen sind nach wie vor zu finden unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



## Total Banane!

**Die Chaos- und Klientelpolitik von Schwarz-Gelb geht auch nach der Sommerpause weiter.**

Ein Beispiel liefert **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion. Laut „Financial Times Deutschland“ hält sie die Ansichten des umstrittenen US-Klimawandel-Zweiflers Fred Singer für „sehr, sehr einleuchtend“. Dött befand: Klimaschutz sei eine „Ersatzreligion“ – keine Wissenschaft. **Wir meinen: Das Bock-zum-Gärtner-Prinzip beherrscht Schwarz-Gelb erstklassig.**

Baden-Württembergs Ministerpräsident **Stefan Mappus** (CDU) rechtfertigt den harten Polizeieinsatz gegen Gegner des umstrittenen Bahnbauprojekts S21: Die Beamten seien extremst verantwortungsvoll vorgegangen. Der CDU-MdB **Joachim Pfeiffer** unterstellt den S21-Gegnern sogar: „Es sind Stasi-Methoden, wie in der Protestbewegung teilweise vorgegangen wird.“ **Unser Rat: Erst denken, dann sprechen.**

FDP-Generalsekretär **Christian Lindner** zeigt einmal mehr das Ausmaß schwarz-gelber Chaospolitik. Am 26. September feierte die Koalition die neuen Hartz-IV-Regelsätze als „sachlich fundierte Entscheidung“. Noch vier Tage zuvor sagte Lindner der „Westdeutschen Zeitung“: „Wir kennen noch nicht einmal den Warenkorb, auf dessen Grundlage gerechnet wird.“ **Wir fragen: Schwarz-Gelb beherrscht das Chaos, aber was sonst?**

Eines wundert angesichts der Murkspolitik von Schwarz-Gelb nicht – fast alle Ministerien stocken ihren Etat für Öffentlichkeitsarbeit auf. **Ursula von der Leyen** (CDU) will rund 13,2 Millionen Euro für Eigenwerbung ausgeben. Ihr folgt Wirtschaftsminister **Rainer Brüderle** mit sieben Millionen Euro und Entwicklungsminister **Dirk Niebel** (FDP) mit 900 000 Euro. **Merke: Ein besseres „Image“ macht noch keine gute Politik.**

# Zahlentricks statt Politik

Die Berechnung der neuen Regelsätze beim Arbeitslosengeld II wirkt politisch motiviert – und unterm Strich spart die Koalition sogar bei den Langzeitarbeitslosen.

**// „Ein politischer Regelsatz widerspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Die Trickserei der Regierung bei der Festlegung der neuen Regelsätze ist unerträglich“, kritisiert die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. //**

Seit Ende September steht fest: Die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Sozialhilfe steigen um fünf Euro. Die Regelsätze für Kinder steigen gar nicht. Eigentlich, so die Bundesarbeits- und -sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU), hätten die Kinderregelsätze statistisch sogar sinken müssen. Mögliche künftige Steigerungen will die Regierung deshalb „verrechnen“ – der Regelsatz für Kinder wird auf Jahre zementiert.

Abgesehen von der Höhe der neuen Sätze kritisiert die SPD-Bundestagsfraktion vor allem die intransparente und offenbar auch politisch motivierte Berechnung. Denn genau das widerspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ein transparentes Verfahren gefordert hatte, aus dem bedarfsgerechte Regelsätze hervorgehen. Das ist nicht der Fall. Die Bundesregierung und die Spitzen der schwarz-gelben Koalition haben dem Bundestag und der Öffentlichkeit bis zuletzt die Berechnungsgrundlagen vorenthalten. Wohl aus gutem Grund: Bei der Berechnung der Regelsätze für Alleinstehende wurden als Bezugsgruppe nicht



Mehr gewürfelt, als gerechnet? Bei der Höhe der neuen Regelsätze fürs Arbeitslosengeld II und bei der Sozialhilfe war vorher klar, was herauskommen sollte: Sie durften nicht steigen.

mehr die unteren 20, sondern die unteren 15 Prozent der Einkommensskala herangezogen. Warum, ist allen Fachleuten unklar. Klar ist nur: Je einkommensschwächer die Bezugsgruppe, desto niedriger der Regelsatz.

Nicht mal die so genannten „Aufstocker“, die trotz Erwerbstätigkeit ALG II beziehen müssen, hat die Bundesregierung aus der Referenzgruppe herausgerechnet. Das bedeutet: Menschen, die selbst weniger als ihren Grundbedarf verdienen, werden zur Berechnung des Grundbedarfs anderer herangezogen. All diese Rechentricks deuten darauf hin, dass dem erklärten Wunsch von FDP und Teilen der Union entsprochen werden sollte, den Bedarf willkürlich kleinzurechnen.

Auch das neue „Bildungspaket“ für Kinder ist völlig unzureichend: 12,50 Euro monatlich für Musikunterricht, Freizeit und Sportverein – das reicht nicht.

Besonders perfide ist, dass Langzeitarbeitslose ihre Regelsatzerhöhung de facto selbst finanzieren: Den dafür veranschlagten 480 Millionen Euro steht in etwa derselbe Betrag gegenüber, der mit der Streichung des Elterngelds für ALG-II-Empfänger eingespart wird.

Auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die gerade Langzeitarbeitslose fördern soll, kürzt von der Leyen drastisch – im Schnitt um 20 Prozent. Unterm Strich heißt das: Für Regelsatzerhöhung und „Bildungspaket“ veranschlagt die Ministerin 950 Millionen Euro. Dem stehen insgesamt Einsparungen bei den Langzeitarbeitslosen im Sparpaket von 2,5 Milliarden Euro gegenüber. Von der Leyen spart also bei den Langzeitarbeitslosen insgesamt mehr als 1,5 Milliarden Euro ein. ■

**Mehr Infos zu allen Themen:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Haushalt ohne soziale Balance

**„Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und Ihrem Wunschkoalitionspartner fehlte von Anfang an jede Vorstellung davon, was eigentlich ‚Gemeinwohl‘ in Deutschland ist“, erklärte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 im Bundestag.** Das sei einer der Gründe dafür, dass die Bilanz von einem Jahr Schwarz-Gelb so katastrophal ausfalle. Außerdem habe die Koalition alle ihre wesentlichen Wahlversprechen gebrochen. Statt „mehr Netto vom Brutto“ und Steuersenkungen Sorge die Regierung für höhere Kas-

senbeiträge und Zusatzbeiträge. Mehr Netto vom Brutto gebe es zwar tatsächlich – aber „als Dankeschön an Hoteliers, reiche Erben und große Konzerne“, so Gabriel.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß mahnte mehr Vernunft bei Sparplänen und Haushaltsentwürfen an. Wenn man das Sparpaket genauer betrachte, zeige sich, das es wichtige Investitionen blockiere. „Die Konjunkturpakete laufen jetzt aus“, so Poß in Richtung Regierungsbank. Gleichzeitig verhindere die Koalition Milliarden-Investitionen in er-

neuerbare Energien und streiche Mittel für die Städtebauförderung. „Das alles ist kontraproduktiv für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.“

Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, stellte dem schwarz-gelben Haushaltsentwurf ein schlechtes Zeugnis aus: „Mathematik gerade noch ausreichend, Volkswirtschaftslehre, Sozialkunde und Ethik mangelhaft und ungenügend.“ Was die Bundesregierung vorgelegt habe, gehe „einseitig zulasten der sozial Schwachen, zulasten derer, die sich nicht wehren können“, so Schneider. ■

# Ein Jahr Klientelpolitik, Verunsicherung, Spaltung

Beschäftigte, Familien und Arbeitslose bezahlen die Geschenke an Hoteliers, Pharmaindustrie und Atomlobby.

Seit 28. Oktober 2009 ist die neue Bundesregierung im Amt. Der klägliche Start der schwarz-gelben „Wunschkoalition“ ließ das Land monatelang quasi regierungslos, während die Koalitionäre sich gegenseitig die Schuld für den Stillstand zuschoben. Doch was „Regieren“ für das Kabinett Merkel II bedeutet, wurde bald klar. Sämtliche Entscheidungen, Gesetze und Initiativen bedienen Klientel- und Lobbyinteressen. Auf das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz folgte das Sparpaket. Beide benachteiligen Geringverdiener und belasten die Schwachen. Gleichzeitig werden Geschenke an die mächtigen Lobbys verteilt. Ein Jahr nach dem Regierungswechsel ist klar: Schwarz-Gelb hat vor allem die Weichen in Richtung Entsolidarisierung der Gesellschaft gestellt und die soziale Spaltung unseres Landes vorangetrieben.

## Wer profitiert von welchen schwarz-gelben Entscheidungen? Und wer muss die Lasten tragen?

**Atompolitik:** Schwarz-Gelb kündigt den Atomkonsens auf und leitet den Ausstieg vom Ausstieg ein. Davon profitieren die vier großen AKW-Betreiber durch längere Laufzeiten und einen Geheimvertrag, der ihre Kosten für Sicherheitsnachrüstungen begrenzt.

**Steuerpolitik:** Die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen wurde von 19 auf 7 Prozent gesenkt – das führt zu rund einer Milliarde Euro Mindereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in einer Zeit höchster Finanznot. Von diesem Steuergeschenk profitieren die Hoteliers. Pikant: Vor der Bundestagswahl überwies Miteigentümer der Mövenpick-Hotelgruppe 1,1 Millionen Euro an die FDP.

Zudem wurde die Erbschaftssteuer umgestaltet. Wer profitiert? Firmenerben. Diese müssen sich zwar weiterhin verpflichten, Arbeitsplätze zu erhalten, allerdings in weit geringerem Umfang als bisher.



Ein Jahr schwarz-gelbe Bundesregierung: gute Zeiten für Lobbyisten, schlechte Zeiten für Beschäftigte, Familien, Kinder und Arbeitslose

**Gesundheitspolitik:** Die Kopfpause wird von Schwarz-Gelb durch die Hintertür eingeführt und die Krankenversicherung entsolidarisiert. Die steigenden Gesundheitskosten sollen ausschließlich über die Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer finanziert werden. Profiteure sind die Arbeitgeber, deren Anteil festgeschrieben wird. Darüber hinaus wird der Wechsel von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in die Private Krankenversicherung (PKV) erleichtert, die Wahlfreiheit der GKV-Versicherten eingeschränkt. Allein die privaten Krankenversicherungen profitieren von dieser „Gesundheitsreform“. Auch die Kosten für Arzneimittel werden neu geregelt. Einsparungen durch so genannte Nutzenbewertungen wird es nicht geben. Vielmehr profitiert die Pharmalobby: Die Pharmaindustrie kann die Preise für Arzneimittel mit nachgewiesenem „Zusatznutzen“ weiterhin völlig frei festlegen. Die Krankenkassen werden auch im Bereich der Rabattverhandlungen gegenüber der Pharmaindustrie benachteiligt – die Kosten tragen die Patienten.

**Familienpolitik:** Zwar wurde 2010 das Kindergeld um 20 Euro monatlich erhöht. Die 1,8 Millionen Kinder von

ALG-II-Empfängern profitieren davon jedoch nicht, da das Kindergeld nun voll auf das ALG II angerechnet wird.

Rückschritte auch beim Elterngeld: Statt wie versprochen die Zahl der Partnermonate zu erhöhen, wird das Elterngeld für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, komplett gestrichen.

**Arbeitsmarktpolitik:** Darüber hinaus „spart“ Schwarz-Gelb bei Geringverdienern und Arbeitslosen. Die Zuschüsse zur Rentenversicherung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern werden gestrichen. Damit wird Altersarmut befördert. Die Zuschüsse zu Heizkosten für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger, die erst im vorigen Jahr eingeführt wurden, werden gestrichen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Bildungsgutscheine und Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitslose werden reduziert – künftig sollen die Arbeitsagenturen nach Ermessen darüber entscheiden können. Schließlich fallen die Zuschläge beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum ALG II weg, die die finanziellen Einbußen für zuvor Berufstätige abfederten. ■

**Mehr zu allen Themen:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Merkels Wortbruch



Von Joachim Poß, amtierender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bilanz von zwölf Monaten Schwarz-Gelb ist eindeutig: Noch nie in der bundesdeutschen Geschichte hat sich eine Regierung so blamiert und die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die Arbeitnehmermitte der Gesellschaft derart belogen und betrogen. Auf das Regierungsversagen folgte der Absturz Merkels im Vertrauen der Menschen. Schwarz-Gelb hat noch eine Mehrheit im Bundestag, aber keine Mehrheit mehr in der Gesellschaft.

Merkel versprach „mehr Netto vom Brutto“. Für die breite Mehrheit der Beschäftigten und der Rentner eine glatte Lüge. Die große Steuerreform hat Merkel beerdigt. Nach einem Jahr ist klar: Wer nicht zur schwarz-gelben Klientel gehört, muss draufzahlen. Steigende Abgaben und unbegrenzte Zusatzprämien, steigende Gebühren in den Kommunen zehren eine kleine Erhöhung des Kindergelds mehr als auf. Das Risiko steigender Gesundheitskosten tragen gesetzlich Versicherte allein. Hinzu kommen die Blockade von Mindestlöhnen und Täuschungsmanöver bei der Leiharbeit. Wer sich Illusionen gemacht hat, weiß es jetzt besser: Arbeitsministerin von der Leyen tut nichts für Arbeitnehmer.

Jubeln dürfen die Spender und Lobbyisten von Union und FDP. Das war ihr Jahr: Steuerprivilegien für Hoteliers, Erben und Unternehmen, die Gewinne verlagern, keine Finanztransaktionssteuer für Spekulanten, Milliarden für die Atomlobby. Aber selbst die Industrie ist unzufrieden. Denn Deutschland steckt fest. Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft. Von Aufbruch und Verantwortung keine Spur. Das System Merkel ist in der Krise. Wir brauchen eine andere Politik. ■

# Aufschwung: Der Erfolg der SPD

Schwarz-Gelb schmückt sich bei der anziehenden Konjunktur mit fremden Federn.



Gehören zu den Architekten des heutigen Aufschwungs: der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier (l.) und Olaf Scholz. Gemeinsam mit Peer Steinbrück sorgten sie im Kabinett für die richtigen Weichenstellungen.

Die deutschen Maßnahmen zur Krisenbewältigung fanden auch international viel Zuspruch: Die OECD lobte das deutsche Modell der geförderten Kurzarbeit als „internationales Vorbild“, und die EU-Kommission bescheinigte den deutschen Konjunkturprogrammen, sie hätten ein „hohes Potenzial, die Nachfrage zu stimulieren“. Nur einer konnte sich mit den Maßnahmen nie anfreunden: der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. „Die Wirtschaftskrise wird sich damit nicht meistern lassen“, sagte Rainer Brüderle noch 2009. Heute ist er Bundeswirtschaftsminister und feiert den „XL-Aufschwung“ als Erfolg seiner Politik. Doch die Architekten des Aufschwungs sind andere.

Mit wirtschaftlicher Vernunft, dem Mut zu ungewöhnlichen Maßnahmen und schnellem Handeln hat vor allem die SPD in der Großen Koalition Deutschland sicher durch die Krise gebracht. Von der Union war nichts zu hören. So ging etwa die Initiative für die vereinfachte, geförderte Kurzarbeit von der SPD aus. Olaf Scholz, der damalige Bundesarbeitsminister und heutige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hat mit diesem innovativen Konzept dafür gesorgt, dass möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst lange ihre Stelle behalten konnten, statt von den Unternehmen vor die Tür gesetzt zu werden. Das war nicht nur die Basis dafür, dass Deutschland in puncto Arbeitslosenzahlen relativ glimpflich durch die Krise gekommen ist – das ist auch eine Basis für den heutigen Aufschwung: Die Kurzarbeit hat geholfen, Fachkräfte im Unternehmen zu halten, statt sie zu entlassen. Die deutsche Wirtschaft startet so nach der Krise ohne Know-how-Verlust neu durch.

Auch die Konjunkturprogramme, die im Wesentlichen aus der Feder des damaligen Vizekanzlers und heutigen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier stammen, haben ihre Wirkung gezeigt. Der Konsum ist in Deutschland keineswegs so eingebrochen wie andernorts. Branchen, die von den Krisenfolgen sonst besonders hart getroffen worden wären, konnten ihre Stärken ausspielen – etwa die Automobilbranche durch die Umweltprämie und die Baubranche durch das kommunale Investitionsprogramm.

Nicht zuletzt funktioniert ein Aufschwung der Realwirtschaft nur mit gesicherten Rahmenbedingungen in der Finanzwirtschaft. Der Super-GAU auf den Finanzmärkten wurde auch deshalb verhindert, weil Deutschland unter dem damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück schnell und besonnen

die richtigen Entscheidungen getroffen hat, während vor allem die FDP die Finanzbranche vor staatlichen Eingriffen verschonen wollte. Auch national haben Steinbrück und die SPD-Bundestagsfraktion mit der Einrichtung von „Bad Banks“ die richtigen Weichen gestellt. Die „Bad Banks“ haben dafür gesorgt, dass die deutschen Finanzinstitu-

te die Unternehmen wieder mit Krediten versorgen konnten, statt Geld für toxische Schrottpapiere hinterlegen zu müssen. Natürlich darf Brüderle sich über den Aufschwung freuen – dazu beigetragen hat er nichts. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Nachgefragt



**Der Mindestlohn stoppt Lohndumping – Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) nennt drei gute Gründe für einen gesetzlichen Mindestlohn.**

**Der Mindestlohn stoppt Lohndumping – Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) nennt drei gute Gründe für einen gesetzlichen Mindestlohn.**

1. Immer mehr Beschäftigte sind nicht mehr durch Tarifverträge geschützt und ungeschützt dem Lohndumping ausgesetzt. In Branchen wie dem Bäckerhandwerk und der Fleischwirtschaft verweigern die Arbeitgeber den Abschluss von Flächentarifverträgen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe entziehen sie sich der Tarifbindung.

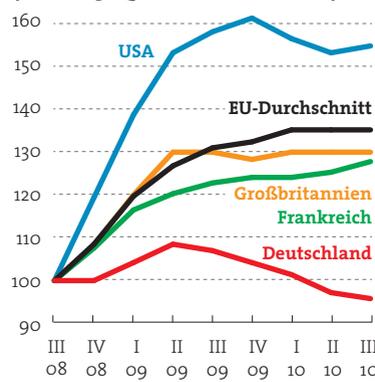
2. Es ist ein Skandal, dass die Steuerzahler die Unternehmen seit 2005 mit 50 Milliarden Euro subventioniert haben und die Ausga-

ben für „Aufstocker“ beim ALG II kontinuierlich steigen. Mit der geplanten Heraufsetzung der Hinzuverdienstgrenzen wird dies weiter forciert. Immer mehr Menschen können mit ihrer Arbeit ihre Existenz nicht mehr sichern. Der Niedriglohnsektor breitet sich unreguliert weiter aus. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro können der Staatshaushalt entlastet und die Binnenkonjunktur gestärkt werden.

3. Angesichts der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU ab Mai 2011 wird es immer dringlicher, dass dem Lohndumping Grenzen mit einem gesetzlichen Mindestlohn gesetzt werden. In allen europäischen Ländern – außer in Zypern und Deutschland – gibt es diese Grenzen. In Dänemark, Frankreich und Belgien gilt Deutschland als „Billiglohnland“. Dort werden Arbeitsplätze etwa in der Fleischbranche vernichtet, weil deutsche Arbeitgeber nicht tarifgebunden sind. ■

## Sicher durch die Krise

Quartalsweise\* Entwicklung der Arbeitslosenquote (Index: 3. Quartal 2008 = 100)



\*jeweils zum Quartalsende Quelle: EUROSTAT

Entgegen der Entwicklung in anderen westlichen Industrienationen und dem Trend in der EU begannen die Arbeitslosenzahlen in Deutschland bereits Mitte 2009 zu sinken – deutlich vor dem Amtsantritt der heutigen Bundesregierung.

## Befristungen stoppen

„Durch befristete Jobs wird Arbeitnehmern jede Lebensplanung unmöglich gemacht“, sagt Anette Kramme, Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. „Sie bekommen keine Kredite, können nur unter großen Unsicherheiten Familienplanung betreiben und müssen ständig nach neuen Jobs schauen, statt sich motiviert in den aktuellen einzuarbeiten.“

Jeder zehnte Arbeitsvertrag und sogar jedes zweite neu geschlossene Arbeitsverhältnis ist heute befristet. Auch die Zahl der „sachgrundlosen Befristungen“ steigt. Das sind Befristungen, die ohne einen Grund wie einer Elternzeitvertretung gesetzt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen Trend stoppen und die Möglichkeiten für sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen streichen.

Die Wirtschaft behauptet zwar oft, befristete Stellen hätten eine Brückenfunktion hin zu einer Festanstellung – doch dieses Argument ist jetzt widerlegt. Eine Expertenanhörung im Bundestag zum Antrag „Langfristige Perspektive statt sachgrundlose Befristung“ der SPD-Bundestagsfraktion hat ergeben: Der Übergang in eine Festanstellung ist eher die Ausnahme als die Regel. „Befristungen sind kein Beschäftigungsmotor“, so Kramme. „Sie müssen abgeschafft werden. Das gehört zur Fairness im Arbeitsleben.“ ■

**Wie weiter mit der Rente mit 67?  
Im Herbst muss die Regierung  
erstmals einen Bericht zur  
Beschäftigungssituation Älterer  
vorlegen.**

Nur wenn die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer sich tatsächlich verbessert hat, kann ab 2012 mit der stufenweisen Anhebung des Renteneintrittsalters begonnen werden. Das war für uns beim Beschluss der Rente mit 67 ein immens wichtiges Kriterium. Diese Prüfung nehmen wir sehr ernst. So wie es derzeit aussieht, gehe ich nicht davon aus, dass sich die Situation in den nächsten Wochen dramatisch verbessern wird. Das bedeutet: Wir werden eine Gesetzesänderung in den Bundestag einbringen, um die Anhebung des Renteneintrittsalters auszusetzen.

**Zeichnet sich nicht schon jetzt ab,  
dass die Bundesregierung dabei mit  
geschönten Zahlen arbeitet?**

Natürlich, die Bundesregierung nimmt bei der Erwerbsquote alles mit rein – auch Ein-Euro-Jobs oder Mini-Jobs, beides keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Es werden sogar Minijobs von Rentnerinnen und Rentner berücksichtigt, die von ihrer Rente allein nicht leben können. Uns geht es vor allem darum, dass Beschäftigte die Regelaltersgrenze tatsächlich auch aus Arbeit heraus erreichen können. Und das ist leider heute oft nicht der Fall.

**Um die Rente zukunfts- und  
armutsfest zu machen, ist da nicht  
mehr notwendig als ein neues  
starres Renteneintrittsalter?**

Auf alle Fälle. Unser Rentenkonzept ist deshalb auch wesentlich umfassender: Wir schlagen eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, die in den letzten vier Jahren von zwei Kommissionen unter meiner Leitung erarbeitet wurden. Dazu gehören zum Beispiel flexible Übergänge in die Rente oder auch die Kompensation von möglichen Abschlägen durch Zusatzbeiträge, die nicht nur von den Beschäftigten, sondern auch von den Arbeitgebern getragen werden. So könnten beispielsweise über Tarifverträge in Branchen, in denen viele schon das Renteneintrittsalter von heute nicht erreichen, Regelungen geschaffen werden, die es den Beschäftigten ermöglichen, ohne Abschläge früher in Rente zu gehen. Wir wollen auch eine Aufwertung der Teilrente, die bislang kaum in Anspruch genommen wird. Vor allem wollen wir einen Rechtsanspruch auf einen sozial versicherten Job für alle über 60-Jährigen. Viele Ältere können zwar ihren bisherigen Beruf nicht mehr ausüben, aber ihre Erfahrungen in anderen Bereichen einbringen. Jobs für sie gibt es bisher viel zu wenig.

**Viele schaffen es nicht bis 65. Wie  
wichtig ist vor diesem Hintergrund  
alternsgerechtes Arbeiten?**

## »Allein die Gesetzentwürfe machen schon krank«

Ob bei der Rente oder in der Gesundheitsvorsorge – mit ihrer Politik gefährdet die Bundesregierung das bewährte Solidarsystem in den deutschen Sozialversicherungen. Sozial gerechte Alternativen der SPD stellt Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, im Interview vor.



Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, länger in Arbeit zu bleiben, sind Bestandteil unseres Konzeptes. Wir brauchen eine neue Offensive zur Humanisierung der Arbeitswelt. Da sind sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber gefordert. Wir können es uns – auch aufgrund des absehbaren Fachkräftemangels – künftig nicht mehr erlauben, dass Menschen durch Arbeit verschlissen und dann aussortiert werden. In ein paar Jahren werden wir auf alle angewiesen sein. Arbeit darf nicht krank machen, die Belastungen durch Arbeit müssen so gering wie möglich sein, und für diejenigen, die bereits eine Beeinträchtigung haben, muss es Arbeitsplätze geben, die so gestaltet sind, dass sie teilhaben können.

**Lässt es die aktuelle Gesundheitspolitik der Bundesregierung überhaupt zu, dass Beschäftigte gesund in Rente gehen können?**

Nein, allein die Gesetzentwürfe machen schon krank. Diese Koalition ist sich für nichts zu schade. Die Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden die Melkkühe der Nation, während die Klientel von FDP und CDU/CSU bedient wird – erst die Pharmaindustrie, danach die Private Krankenversicherung

(PKV). So wird der Wechsel in die PKV für junge, gesunde Beschäftigte erleichtert, und Zusatzversicherungen sollen künftig nur noch die Privaten anbieten können. Die Gesetzlichen sollen ihnen die Versicherten zuführen, und die PKV saht dann die Kohle ab. Letzter Knüller: Gesundheitsminister Rösler will, dass gesetzlich Versicherte künftig beim Arzt wie privat Versicherte in Vorkasse zahlen. Das ist die Lizenz zum Gelddrucken für die Ärzte. Ich rate jedem davon ab, sich darauf einzulassen.

**Weshalb ist Vorkasse so verwerflich?**

Führt der Arzt unnötige Behandlungen durch oder berechnet er mehr als den üblichen Satz, bleibt der Patient auf den Kosten sitzen. Auszuschließen ist auch nicht, dass dann diejenigen eher einen Arzttermin bekommen, die in Vorkasse gehen – genau wie Privatpatienten. Menschen mit kleinen Einkommen, die sich keine Vorkasse leisten können, haben das Nachsehen. So entsteht in Deutschland eine Dreiklassen-Medizin. Es ist unglaublich, was die Koalition sich in der Gesundheitspolitik leistet. Dazu noch die Kopfpauschale, die Beitragserhöhung – die Versicherten werden geschöpft, die Klientel wird bedient. Das ist keine nachhaltige Gesundheitspolitik, das ist

keine solide Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, sondern das ist Murks hoch drei. Man kann sich nur wünschen, dass dieser schwarze Spuk in der Gesundheitspolitik bald ein Ende hat.

**Was ist eure Alternative?**

Wir brauchen über alle Zweige der Sozialversicherungen eine Bürgersozialversicherung. Die Koppelung der Versicherungspflicht an das Kriterium abhängige Beschäftigung ist heute nicht mehr zeitgemäß. Die Erwerbsverläufe sind vielfältiger geworden, der Wechsel zwischen abhängiger, freiberuflicher und selbständiger Arbeit nimmt zu. Wir brauchen soziale Sicherungssysteme, die unabhängig vom Erwerbsstatus sind. Wir brauchen eine Finanzierung, die alle Einkommen mit einbezieht – nicht nur Löhne, Gehälter und Renten. 90 Prozent der Menschen lehnen die Kopfpauschale ab. Viele halten die gesetzliche Rentenversicherung für die beste Altersvorsorge. Statt wie Schwarz-Gelb die Sozialversicherungssysteme schlecht zu reden, geht es darum, das Solidarsystem zu stärken und die Solidarität verbreitern. ■

**Mehr zum Thema:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Meldungen

**Gorleben: Erkundung wieder aufgenommen**

Während der Gorleben-Untersuchungsausschuss weiterhin Zeugen vernimmt, hat die Bundesregierung die Erkundung des Salzstockes Gorleben als alleiniges Endlager wieder aufgenommen. Dies schaffe Fakten und dokumentiere die Respektlosigkeit der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag, so Ute Vogt, SPD-Obfrau im Untersuchungsausschuss. Dessen Aufgabe ist es, zu prüfen, ob es bei der Entscheidung für Gorleben als alleiniges Endlager für Atommüll in den 1980er Jahren zur Beeinflussung von Wissenschaftlern durch die Politik gekommen ist. Die Eile der schwarz-gelben Regierung, die Erkundung Gorlebens voranzutreiben, hat die der Verlängerung der AKW-Laufzeiten zum Hintergrund: Die Atomkonzerne brauchen Gorleben als „Entsorgungsnachweis“ für längere Laufzeiten. ■

**Kohlekompromiss**

Die EU-Kommission hat im Juni eine neue Beihilferegulierung für die Steinkohle vorgeschlagen. Setzt sie sich durch, gibt es ab 2014 europaweit keine Beihilfen für die Steinkohle mehr. Das würde das vorzeitige Aus für die deutschen Zechen bedeuten. „Wir fordern die Bundesregierung auf, den Steinkohlekompromiss von 2007 auf europäischer Ebene nicht in Frage zu stellen“, erklärt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Dieser sieht vor, den subventionierten Steinkohlebergbau nicht vor 2018 sozialverträglich auslaufen zu lassen. Wichtiger Bestandteil des Kohlekompromisses ist eine Revisionsklausel. Danach soll das Ende des deutschen Steinkohlebergbaus 2012 unter aktuellen energiepolitischen Aspekten noch einmal ergebnisoffen überprüft werden. „Ein früherer Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau wäre ein unvermeidbarer Vertrauensbruch gegenüber den Beschäftigten im Steinkohlebergbau und seiner Zulieferindustrie“, so Heil. Die Bundesregierung müsse sich in Brüssel dafür einsetzen, dass das Steinkohlefinanzierungsgesetz in der bisherigen Form weiter Bestand hat. ■

# 5000 Tonnen mehr Atommüll

**Schwarz-Gelb macht einen Geheimdeal mit den Atomkonzernen – darin geht Profit eindeutig vor Sicherheit.**



Rund 100 000 Menschen demonstrierten am 18. September in Berlin gegen die schwarz-gelbe Atompolitik, darunter Andrea Nahles, Sigmar Gabriel und Wolfgang Thierse (v.l.).

Rolf Martin Schmitz hat der Demokratie einen – wenn auch sicherlich ungewollten – Dienst erwiesen. Das RWE-Vorstandsmitglied verplapperte sich und machte so den Geheimvertrag zwischen Bundesregierung und den vier großen Atomkonzernen öffentlich. Seitdem ist klar: Die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke (AKW), immerhin zentraler Bestandteil des schwarz-gelben „Energiekonzepts 2050“, sind mit der Atomlobby ausgekungelt – auf Kosten der Sicherheit und zu Lasten erneuerbarer

Energien und regionaler Energieversorger.

Einige Beispiele: Die Liste der Sicherheitsanforderungen an Atommeiler sollen die Betreiber erst „mittel- bis langfristig“ umsetzen, geplante bauliche Schutzmaßnahmen gegen Flugzeugabstürze wurden gestrichen und die Ausgaben für die Nachrüstung pro AKW gedeckelt. Resümee der SPD-Bundestagsfraktion: „Profitgier vor Sicherheit“.

Denn gleichzeitig hat sich die Atomlobby im Deal mit der Bundesregierung erfolgreich selbst die Steuern gesenkt:

Die Brennelementesteuer wurde im Sinne der AKW-Betreiber umgestaltet. „Hier ist Schwarz-Gelb vor der Atomlobby eingeknickt“, erklärt Marco Bülow, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Statt die Steuer – wie geplant und von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert – unabhängig von den AKW-Laufzeiten und unbefristet zu erheben, wird die Steuer nun befristet und um ein Drittel günstiger ausfallen.

Nahtlos daran schließen weitere Punkte des Energiekonzepts der Bundesregierung an. Denn auch im Bereich der Erneuerbaren Energien werden die Interessen der Energieriesen bedient: Durch Kürzungen werden in den Bereichen Biomasse, Fotovoltaik und Windkraft Arbeitsplätze massiv gefährdet. Lediglich Biomasse-Großanlagen und Off-Shore-Windradanlagen auf hoher See werden weiterhin gefördert. Auch hier profitieren die großen Energiekonzerne: Sie sind im Hinblick auf große Anlagen und Off-Shore-Windkraft kleineren Anbietern überlegen. Insgesamt stärken die Entscheidungen die Monopolstellung der Energieriesen im regionalen Strommarkt, kritisiert Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Andere Energieversorger würden an den Rand gedrängt. Statt mehr Wettbewerb, fairen Preisen und einer Erneuerung des Energiesystems wird so das Gegenteil erreicht.

Auch im Bereich Klima- und Umweltschutz enttäuscht das Energiekonzept. Schwarz-Gelb nehme „5000 Tonnen zusätzlichen Atommüll für die nachfolgenden Generationen in Kauf“, kritisiert Kelber. Und wie die Koalition die deutschen Klimaschutzziele überhaupt noch erreichen will, ist der SPD-Fraktion gänzlich unklar: „Alles, was im ‚Energiekonzept‘ steht, ist unverbindlich“, bemängelt Frank Schwabe, klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. ■

**Mehr Infos zu allen Themen:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Klimaschutzgesetz – Lehren aus Kopenhagen

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat nach umfassenden Beratungen mit Wissenschaftlern, Gewerkschaften, Umwelt- und Wirtschaftsverbänden den Rahmen für ein nationales Klimaschutzgesetz beschlossen und dem Bundestag und der Bundesregierung vorgelegt. Der Entwurf, der sich am britischen Climate Change Act orientiert, wurde am 7. Oktober im Bundestag diskutiert.** Ziel des Klimaschutzgesetzes ist es, die Vorreiterrolle Deutschlands und Europas im Bereich des Klimaschutzes zu festigen. Dazu muss die Verbindlichkeit von Umweltzusagen gestärkt werden. Eine höhere

Verbindlichkeit von Klimazielen ist eine der Lehren aus dem im Dezember gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen. Deshalb fordert die SPD die Festlegung verbindlicher Werte für die Reduktion der Kohlenstoffemissionen, und zwar auch langfristig über 2020 hinaus. „Der Weg zur kohlenstoffarmen Gesellschaft muss konsequent beschritten werden – national und international“, so Frank Schwabe, klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, in der Bundestagsdebatte.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Darin sollen ver-

bindliche Werte zur CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Minderung festgelegt werden – minus 40 Prozent bis 2020 und minus 95 Prozent bis 2050 (gegenüber den Werten von 1990).

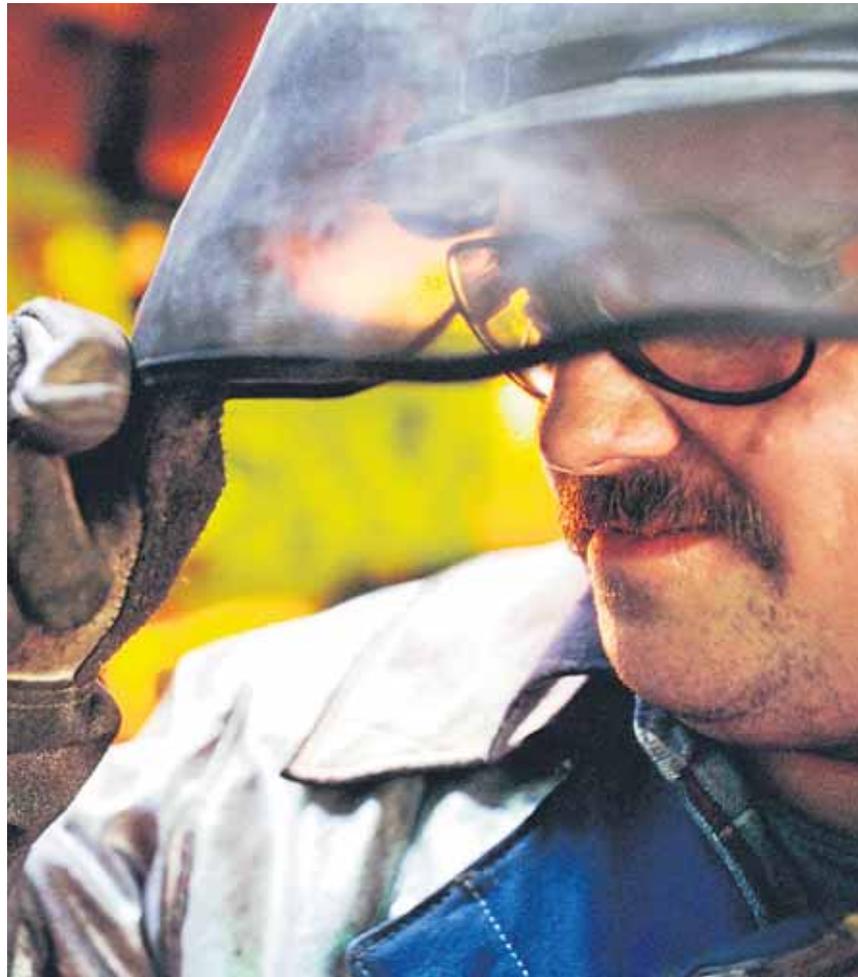
Darüber hinaus ist eine Berichtspflicht der Regierung an Parlament und Öffentlichkeit vorgesehen sowie die Schaffung eines unabhängigen und nicht-weisungsgebundenen Gremiums zur Überwachung der Klimaziele. Im Falle der Verfehlung von Klimazielen wird die Bereitstellung zusätzlicher Mittel gefordert. Schließlich soll sich die Bundesregierung für ein EU-weites Klimaschutzgesetz stark machen. ■

# Leiharbeit: Missbrauch stoppen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ – die Stahlbranche macht es vor.

Endlich werden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ebenso entlohnt wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Stammbesellschaft – zumindest in einer Branche. Die IG Metall schaffte Ende September in der nordwestdeutschen Stahlindustrie den Durchbruch: Mit einem Tarifabschluss, der das Equal-Pay-Prinzip umsetzt und gleiche Bezahlung für Leiharbeitnehmer festschreibt. Damit haben die Sozialpartner in der Stahlbranche Verantwortung für die Beschäftigten in der Leiharbeit gezeigt – anders als die Bundesregierung. Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, gratulierte der IG Metall zum wegweisenden Tarifabschluss, ergänzte aber: „Leider sind nicht alle Branchen so verhandlungsstark wie die Stahlindustrie.“ Deshalb müsse „die Regierung per Gesetz dort handeln, wo andere Lösungen nicht möglich sind“.

Entschlossene Worte findet Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) immer wieder – entschlossenes Handeln gegen den Missbrauch der Leiharbeit hat sie bisher nicht gezeigt. Zwar liegt ihr Entwurf für ein geändertes Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vor: Der verhindert aber nicht, dass Leiharbeit zu Lohndumping missbraucht wird – weil Leiharbeitskräfte weiterhin schlechter bezahlt werden dürfen als ihre fest angestellten Kollegen. Der Entwurf geht auch nicht wirksam dagegen vor, dass immer größere Teile der Stammbesellschaften durch Leiharbeitnehmer ersetzt werden. Stattdessen präsentiert von der Leyen lediglich einige – wenig wirksame – Maßnahmen gegen Fälle wie beim Discounter „Schlecker“: Dort waren Festangestellte entlassen und dann als Leiharbeitnehmer



Positiv können Leiharbeiter in der Stahlbranche in die Zukunft blicken: Die IG Metall hat für sie den Equal-Pay-Grundsatz erstritten.

wieder eingestellt worden. Die Ministerin will damit zwar einen besonders perfiden Fall von Leiharbeits-Missbrauch verbieten. Angesichts der Verwerfungen aber, für die die Leiharbeit inzwischen am Arbeitsmarkt sorgt, nennt IG Metall-Vize Detlef Wetzels von der Leyens Entwurf nicht mehr als ein „Beruhigungszäpfchen“.

Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt die Belange der Beschäftigten ernst.

Mit dem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ setzt sie auf deutliche rechtliche Verbesserungen statt bloßer Willensbekundungen. Leiharbeit soll als sinnvolles Instrument zur Abdeckung kurzfristiger Auftragsspitzen und als mögliches Sprungbrett in ein Normalarbeitsverhältnis erhalten bleiben – Tariffucht und Lohndumping müssen aber gestoppt werden. Die SPD-Fraktion fordert deshalb unter anderem:

Nur während einer sehr kurzen Einarbeitungszeit soll es künftig erlaubt sein, Leiharbeitern einen niedrigeren Lohn zu zahlen. Danach muss ohne Wenn und Aber gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Eine Forderung, die auch die DGB-Gewerkschaften seit langem haben – und die immer mehr Unterstützung findet: Erst kürzlich hat der Deutsche Juristentag die Schlupflöcher im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz kritisiert, mit denen der Equal-Pay-Grundsatz umgangen werden kann. ■

## Mehr Engagement..

... fordert die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung in puncto Finanztransaktionssteuer. Denn eine Expertenanhörung zur geplanten Bankenabgabe der Bundesregierung im Bundestag hat gezeigt: Nicht ein Experte hielt die Abgabe für ausreichend, um künftig auch nur eine einzige in Schieflage geratene systemrelevante Bank retten zu können. Damit hat sich die Behauptung der Bundesregierung endgültig erledigt, die Bankenabgabe sei eine faire und „substanzielle“ Beteiligung der Banken an der Stabilisierung der Finanzmärkte. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Koalition deshalb auf, Diskussionen um mögliche Alternativmodelle zu stoppen und endlich national und international das umzusetzen, was Kanzlerin und Finanzminister inzwischen zur Position der Bundesregierung erklärt haben: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. ■

## Armut schafft sich nicht selbst ab

Schwarz-Gelb hält Zusagen zur Erreichung der Millenniumsziele nicht ein.

Zur Erreichung und Umsetzung der Millenniumsziele, die 2000 von den Vereinten Nationen (UN) beschlossen wurden, haben sich die Industrienationen verpflichtet, ihre Zahlungen für Entwicklungspolitik bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Deutschland ist davon noch weit entfernt, und Schwarz-Gelb kürzt nun weiter die Gelder.

Zwar hat die Kanzlerin international versprochen, den deutschen Beitrag 2010 auf 0,51 Prozent zu erhöhen, im Haushalt sind jedoch nur 0,4 Prozent dafür vorgesehen. „Es passt nicht zu-

sammen, wenn man solche Zusagen macht, aber gleichzeitig die dafür notwendigen Mittel verweigert“, kritisiert

Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Nach der Finanzplanung des Bundes ist

### Millenniumsziele

Im Jahr 2000 haben die UN-Staaten gemeinsam acht Millenniums-entwicklungsziele beschlossen. Zentrales Anliegen war die Halbierung von Hunger und Armut in der Welt bis 2015. Im September luden die UN nach New York zum Millenniumsgipfel, um Zwischenbilanz zu ziehen. Die fällt zwiespältig aus.

In einigen Bereichen – etwa bei der Bekämpfung des Hungers und der Kindersterblichkeit oder der Einführung der Grundschulbildung für alle Kinder – sind kleine Fortschritte zu erkennen. Insgesamt sind aber noch immense Anstrengungen notwendig, um die Ziele bis 2015 zu erreichen. ■

ab 2012 sogar eine Senkung der Mittel vorgesehen. Somit rückt die Erreichung des deutschen Beitrags für 2015 in Höhe von 0,7 Prozent in weite Ferne.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert mehr Mut, mehr Glaubwürdigkeit und mehr Entschlossenheit von der deutschen Regierung, um das 0,7-Prozent-Ziel noch zu schaffen. Dazu gehören auch innovative Finanzierungsstrategien – wie etwa Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer in der Entwicklungspolitik einzusetzen. ■

**Mehr zu allen Themen:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Vorgestellt



Christine Lambrecht

Seit über 12 Jahren setzt sich die Rechtsanwältin und Verwaltungswissenschaftlerin Christine Lambrecht (45) als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion für ihren Wahlkreis Bergstraße/Hessen ein. Im Rechts- und im Richterwahlausschuss sowie als Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion bringt sie ihre juristischen Erfahrungen ein. So zum Beispiel in die Debatten um die Sicherungsverwahrung oder den Datenschutz. Ihr Ziel: „Das Recht muss auch künftig die Schwachen schützen und für einen fairen Ausgleich der Interessen sorgen.“ ■



Axel Schäfer

Informieren, zuhören, diskutieren, handeln – das persönliche Motto von Axel Schäfer (58) wissen seine Wählerinnen und Wähler in Bochum zu schätzen. Bereits zum dritten Mal wurde er 2009 als Direktkandidat in den Bundestag gewählt. Der erfahrene Europapolitiker und Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW kümmert sich um die Anliegen der Menschen aus seiner Region. Am 28. September wurde Schäfer zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Er ist zuständig für die Bereiche „Angelegenheiten der EU“ und „Petitionen“. Für ihn steht fest: „Es ist mir jeden Tag aufs Neue wichtig, das Leben der Menschen durch meine Arbeit zu verbessern.“ ■

# Auch bei der Gesundheit: Klientelpolitik pur

Versicherte zahlen alle neuen Kosten, Wirtschaft ist fein raus.

// Wenn die Bundesregierung ihre Pläne zur Gesundheitspolitik durchzieht, ist das das Ende des solidarischen Gesundheitssystems, warnt die SPD-Bundestagsfraktion. //

Erst das Gesundheitswesen vor die Wand fahren lassen – und dann den Sanitäter spielen. Das ist es, was uns FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler derzeit vormachen will. Bei Amtsübernahme der schwarz-gelben Bundesregierung hatte die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) noch ein Finanzpolster von 1,8 Milliarden Euro, es folgte ein Jahr schwarz-gelber Tatenlosigkeit. Jetzt beklagt die Koalition das vorhandene Defizit und bittet zur Kasse. Schon zum Jahreswechsel kommt auf die Beitragszahler eine Anhebung der Beitragssätze von 14,9 auf 15,5 Prozent zu. Aber damit nicht genug. Die gesetzlich Versicherten sollen künftige Kostensteigerungen im Gesundheitswesen völlig alleine tragen: Denn der Beitragssatz der Arbeitgeber wird ab 2011 eingefroren. Gleichzeitig führt Schwarz-Gelb mit Zusatzbeiträgen in beliebiger Höhe die Kopfpauschale durch die Hintertür ein. Eine Zeitenwende: „Das, was die Regierung beschließt, ist das Ende des solidarischen Gesundheitssystems“, warnt Karl Lauterbach, Sprecher der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion.

Zwar werden die Koalitionäre nicht müde zu erklären, es werde einen Sozialausgleich geben, wenn der Zusatzbeitrag zwei Prozent des Bruttoeinkommens übersteigt. Doch das ist eine Farce: Schon bei einer Kopfpauschale von 20 Euro monatlich würde ein Arbeitnehmer, der auch nur einen Cent mehr verdient als 1000 Euro Brutto, keine Unterstützung bekommen. Dabei hat Deutschland bereits einen etablierten Sozialausgleich, betont Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: das Solidarprinzip der GKV. „Diejenigen, die mehr Einkommen haben, finanzieren die Beiträge derjenigen mit, die weniger Einkommen haben“, so Ferner. „Ich frage mich, warum man einen funktionierenden Sozialausgleich abschaffen will.“

Vermutlich, weil die Bundesregierung der Privaten Krankenversicherung (PKV) lukrative Kundschaft liefern



Gesundheit soll teurer werden – nur die Arbeitgeber werden ab 2011 von steigenden Beiträgen verschont.

möchte: Mit der Gesundheitsreform wird der Wechsel für Besserverdienende in die PKV deutlich vereinfacht. Auch die Pharmaindustrie ist – entgegen aller Bekundungen von Bundesgesundheitsminister Rösler – fein raus. „Wir haben Pharmapreise, die etwa 50 bis 100 Prozent höher sind als im europäischen

Durchschnitt“, erklärt Lauterbach. „Da müssen wir ran.“ De facto können die Pharmaunternehmen aber auch in Zukunft ihre Preise selbst bestimmen. Schwarz-gelbe Gesundheitspolitik, das ist Klientelpolitik für Privatversicherer und Pharmalobby – zu Lasten der Versicherten. ■

## Termine im Oktober und November

**25.10. „Fachkräfte dringend gesucht?“, Werkstattgespräch der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin**  
Infos: Monique.Paech@spdfraktion.de

**27.10. „Bundeswehr zukunftsfähig machen – Zukunft des Wehr- und Zivildienstes“, Berlin, Infos: swen.schulz@wk.bundestag.de**

**29.10. „Sozialdemokratische Gesundheitspolitik – Gute Versorgung für alle“, Nürtingen**  
Infos: rainer.arnold@bundestag.de

**29.10. „VerbraucherInnen ohne Schutz? Was sich bei Finanzdienstleistungen ändern muss“, Hannover, Infos: kerstin.tack@wk.bundestag.de**

**10.11. 5. Gemeinsame Konferenz von Werkstattträtern und SPD-Bundestagsfraktion, Berlin**  
Infos: silvia.schmidt@wk2.bundestag.de

**Mehr Termine:**  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.facebook.com/spdbundestagsfraktion](https://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion)

### IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion  
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Erscheinungsweise: viermal jährlich  
Herstellung: Network Media GmbH  
Redaktion: Ralf Bergmann, Anne Graef, Anja Linnekugel  
Texte: Lena Clausen, Sebastian Henneke, Timm Steinborn  
Druck: Frankenpost Verlag GmbH  
Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.  
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:  
– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin  
– per Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de)  
– per Fax: 030/22756800